

Was hat der Karlsruher SPD-Parteitag den westdeutschen Arbeitern gebracht?

In der Zeit vom 23. bis 28. November 1964 fand in der Schwarzwaldhalle zu Karlsruhe der 16. Parteitag der SPD statt, baut Tagesordnung sollte sein Hauptanliegen darin bestehen, der Öffentlichkeit in Westdeutschland Vorschläge der Sozialdemokraten für eine Erneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu unterbreiten.

Das war zweifellos ein richtiges Vorhaben. Denn eine Erneuerung- oder, besser gesagt, eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik ist bitter notwendig, und die Niederlage der CDU/CSU bei den jüngsten Kommunalwahlen in Westdeutschland wie auch verschiedene Anträge aus Ortsvereinen und Unterbezirken der SPD an den Karlsruher Kongreß haben deutlich gezeigt: Der Wille und das Verlangen nach einer Alternative gegenüber der gescheiterten Politik der CDU/CSU sind durchaus vorhanden; sie haben in jüngerer Zeit zugenommen.

In diesem Sinne erwarteten viele Mitglieder und Funktionäre der SPD und Gewerkschaften, ja große Teile der werktätigen Bevölkerung in Westdeutschland vom Karlsruher SPD-Parteitag Entscheidungen gegen die Atomrüstung der Bonner Revanchisten, gegen ihre Notstandsgesetze, gegen die Machtkonzentration, die maßlosen Profite und die soziale Ungerechtfertigkeit, gegen das absolute Nein zu weiteren Schritten der Entspannung und Abrüstung, für eine Politik der Sicherheit, des Friedens, der Vernunft und der Verständigung, für die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie.

Hat der Parteitag diese Erwartungen erfüllt?

Der Parteitag der SPD hat sich in den Hauptfragen über alle Bedenken der friedliebenden Bevölkerung Westdeutschlands über den derzeitigen Bonner Kurs und über sämtliche

Wünsche und Forderungen aus Kreisen der Arbeiterklasse und der SPD nach einer Änderung der Politik hinweggesetzt. Unter der Regie von Wehner und Erler hat der Parteitag verhängnisvolle Beschlüsse gefaßt.

Zu den verhängnisvollen Beschlüssen gehört vor allem die Zustimmung zu einer multilateralen Atomstreitmacht, zur Stärkung der Bundeswehr und zu den Notstandsgesetzen. Im Arbeitskreis A des Parteitages, der diese Probleme beriet und der für seine Beratungen nur sieben Stunden Zeit hatte, haben der stellvertretende SPD-Vorsitzende Erler und der Wehrexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, fast dreieinhalb Stunden dazu benutzt, um die Delegierten zur Bejahung einer Gemeinschaftslösung der atomaren Aufrüstung zu bewegen. Erler und Schmidt begründeten das Ja zur atomaren Aufrüstung hauptsächlich mit dem Argument, eine Gemeinschaftslösung erhöhe die Sicherheit der Bundesrepublik und verhindere die nationale Atombewaffnung. Das war ein grober Mißbrauch des verständlichen Strebens der sozialdemokratischen Genossen nach Sicherheit, Ruhe und Frieden. Denn tatsächlich bringt die MLF weder Sicherheit, noch ist sie das kleinere Übel. Die MLF und jede andere NATO-Gemeinschaftslösung der Atombewaffnung bedeutet, daß die westdeutschen Imperialisten ihre Finger an den atomaren Abzugshebel legen und damit nicht nur die Rüstungskosten und die soziale Unsicherheit in Westdeutschland erhöhen, sondern vor allem auch die Kriegsgefahr vergrößern. Schließlich muß man sich ja fragen: Was ist das für ein Staat, der da Verfügungsgewalt über Atomwaffen bekommen will? Das ist doch der Staat jener Kräfte, die schon zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen haben und heute als einzige in Europa offen die Revision der jetzt bestehenden Grenzen proklamieren.

Der Sicherheit der westdeutschen Arbeiter dienen die Karlsruher Beschlüsse um so weni-